

## ● Namensstreit

Reichstag, Bundestag, Plenargebäude? Selbst der Ältestenrat scheute gestern eine klare Benennung. Seite 5

## ● Chinas Kongreß

Schwierige Reformfragen im 50. Jahr der Volksrepublik – ab heute tagt der Nationale Volkskongreß. Seite 7

## ● Die Öko-Idee

Natur verteuern und dafür die Nettoeinkommen erhöhen, diese Ur-Idee der Ökosteuer gilt, meint Harry Nick. Seite 9

## ● EU und Militär

Wird eine Europa-Armee gebraucht? Wolfgang Gehrcke und Christian Sterzing von den Grünen im Disput. Seite 14

## ● Braune im Osten

Ellen Brombacher über das leichte Spiel der Braunen im Osten und den Schoß, aus dem das kriecht. Morgen im ND

# Bonn Mini-Entlastung für Familien durch Steuerreform

Bundestag beschließt Steuersenkung zum 1. Januar / Freibetrag steigt

Von Wolfgang Rex, Bonn

Der Bundestag hat am Donnerstag mit der Stimmenmehrheit der Regierungsparteien die dreistufige Steuerreform beschlossen. Im Jahr 2002 ist eine Nettoentlastung für Bürger und Unternehmen von 20,5 Milliarden Mark geplant.

Mit 312 gegen 251 Stimmen nahm der Bundestag gestern das Steuerentlastungsgesetz für die Jahre 1999/2000/2002 an. Die meisten PDS-Abgeordneten enthielten sich der Stimme. CDU, CSU und FDP lehnten das Projekt geschlossen ab.

Finanzminister Oskar Lafontaine verteidigte das Steuervorhaben. Familien würden besser gestellt, untere und mittlere Einkommen entlastet. Für Familien mit zwei Kindern plane die Regierungskoalition bis zum Jahr 2002 steuerliche

Entlastungen bis zu 2500 Mark. Der Kohl-Regierung warf der SPD-Chef erneut vor, den Familien 20 Milliarden Mark vorenthalten zu haben. Außerdem habe sie vor allem die großen Unternehmen gefördert. Mit solcher Politik wolle die Regierung Schröder brechen und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.

Christine Scheel von den Bündnisgrünen beklagte den »extremen Druck« der Großindustrie sowie der Versicherungen auf die Regierungsparteien. Die Finanzexpertin erklärte, die neue Regierungskoalition hätte sich dennoch an den Interessen des Mittelstandes und der Kleinbetriebe orientiert. Abgeordnete der linken wie rechten Opposition kritisierten das Chaos während der Beratungen über das Steuerpaket.

Für die PDS begrüßte Barbara Höll Teile des Steuerprojekts wie höheres Kindergeld und höheren Freibetrag. Zugleich wies die PDS-Abgeordnete darauf hin, daß die Regierungsparteien hinter eigen-

nen Wahlversprechen zurückbleiben. So hatten die Sozialdemokraten lange vor den Septemberwahlen 1998 ein steuerfreies Existenzminimum von 14 000 Mark gefordert. Nach den gestern vorgelegten Gesetzen kommt dieses erst im Jahr 2002. Auch das Kindergeld steige zu langsam an. Nach Ansicht der PDS sollte das Kindergeld schon in diesem Jahr mindestens 300 Mark betragen.

PDS-Abgeordneter Uwe-Jens Rössel erklärte sein Nein zum Steuergesetz vor allem mit »verheerenden Folgen für die Kommunen« angesichts niedrigerer Spitzensteuern auch für Großbetriebe. Den Kommunen fehlen wegen der Steuererhöhungen im Jahr 2002 mindestens drei Milliarden Mark. Projekte gegen Arbeitslosigkeit oder für den Schutz der Umwelt würden so infrage gestellt.

## 630-Mark-Regelung nun durchgesetzt

Bonn (dpa/ND). Der Bundestag hat am Donnerstag die in den vergangenen Monaten mehrfach überarbeitete Neuregelung der 630-Mark-Jobs beschlossen. Für den Gesetzentwurf von SPD und Grünen stimmten 310 Abgeordnete, 257 stimmten dagegen. Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) sagte in der abschließenden Debatte, die Reform solle für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Grünen verteidigten die Neuregelung als einen Schritt, die »explosionsartige« Zunahme der 630-Mark-Jobs zurückzudrehen. CDU, CSU und FDP warfen der Bundesregierung vor, mit dem Gesetz fördere sie Schwarzarbeit und zerstöre Arbeitsplätze. Heidi Knake-Werner (PDS) sagte, in Ostdeutschland werde sich wegen der Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf Westniveau voraussichtlich sogar eine neue Dynamik zur Umwandlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse in Billigjobs einstellen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates am 19. März soll die Neuregelung am 1. April in Kraft treten.

## Reform in drei Stufen

■ Zum 1. Januar 1999 waren bereits vorher die Kindergelderhöhung um 30 auf 250 Mark für das erste und zweite Kind sowie die Senkung des Eingangsteuersatzes von 25,9 auf 23,9 Prozent beschlossen worden. Das jetzige Gesetz senkt den Höchststeuersatz für gewerbliche Einkünfte von 47 auf 45 Prozent und den Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 45 auf 40 Prozent. Der Freibetrag für Abfindungen der Arbeitnehmer bei Entlassung wird um ein Drittel auf 16 000 Mark gesenkt.

■ Ab 1. Januar 2000 erhöht sich der Grundfreibetrag von 13 067 auf 13 500 für Ledige und von 26 135 auf 27 000 Mark für Verheiratete, der unterste Steuersatz wird auf 22,9 Prozent gesenkt. Der Spitzensteuersatz für Privateinkünfte soll nur noch 51 Prozent betragen, der gewerbliche Höchstsatz bei der Einkommensteuer 43 Prozent. Der Sparerfreibetrag wird von 6000 auf 3000 Mark für Ledige und von 12 000 auf 6 000 Mark für Verheiratete gesenkt.

■ Zum 1. Januar 2002 steigt der Grundfreibetrag auf 14 000/28 000 Mark. Der Eingangssatz geht auf 19,9 Prozent zurück, der gewerbliche Höchstsatz bei der Einkommensteuer auf 48,5 Prozent. Die Erhöhung des Kindergeldes um 10 auf 260 Mark monatlich wurde aus dem Gesetz herausgenommen, ist aber weiter geplant.

Hintergrund Seite 3

## Öcalan-Prozeß Folter weiterhin nicht ausgeschlossen

Türkei mißachtet massiv Rechte der Verteidiger

Berlin (ND/dpa). Während die türkischen Behörden einen schnellen Prozeß gegen Abdullah Öcalan anstreben, bleibt der Verteidigung des PKK-Vorsitzenden nicht die Zeit, sich auf das Verfahren entsprechend vorzubereiten. Das beklagte der Bremer Anwalt Hans-Eberhard Schultz im ND-Interview. Schultz ist Mitglied des international zusammengesetzten Gremiums von Rechtsanwälten, das die Verteidigung Öcalans übernehmen will. So verwies der Verteidiger darauf, daß es noch keine Anklageschrift gebe. Sein Fazit: »Diese Umstände stellen unseres Erachtens einen schweren Verstoß gegen Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention dar.« Die Verteidigung habe bisher so gut wie keine Möglichkeiten gehabt, eigene Ermittlungen anzustellen, Entlastungszeugen zu befragen oder die Akten einzusehen und mit dem Mandanten alles durchzusprechen.

Eine Delegation des Antifolterkomitees des Europarates hat unterdessen mit Öcalan ohne Zeugen sprechen können. Das teilte der Europarat in Strasbourg mit. Die norwegische Psychiaterin Ingrid Lycke-Ellingsen, Vizepräsidentin des Antifolterkomitees, sagte, das Gespräch im Beisein eines schweizerischen und eines

schwedischen Arztes sowie eines Rechtsanwaltes aus Spanien habe am Dienstag stattgefunden und zweieinhalb Stunden gedauert. Die Informationen des Komitees sind vertraulich und werden nur mit Genehmigung der betroffenen Regierung veröffentlicht.

Die Journalistenorganisation »Reporter ohne Grenzen« hat die Türkei aufgefordert, eine freie Berichterstattung über den Prozeß gegen Öcalan zuzulassen.

Kaum neue Erkenntnisse zu dem Blutbad im israelischen Generalkonsulat am 17. Februar brachte ein Zwischenbericht zu den bisherigen Ermittlungsergebnissen, den Berlins Generalstaatsanwalt Dr. Hansjürgen Karge am Donnerstag im Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses gab. Demnach widersprechen sich Aussagen der israelischen Sicherheitsleute und der Polizisten in Details des Ablaufes. So habe mindestens einer der Israelis entgegen deren Schilderungen auch außerhalb des Gebäudes geschossen. Man könne trotzdem Notwehr gelten lassen. Ob dies auf jede Phase zutreffe, sei noch nicht zu sagen. Nachbefragungen werde es wegen vorgelegter Diplomatensässe und Ausreise der Sicherheitsbeamten nicht geben. Seite 3

## Cavalese-Katastrophe

# Freispruch für Todespiloten durch US-Jury

Washington (dpa/Reuters/ND). Der Todespilot von Cavalese, Richard Ashby, ist von allen Anklagepunkten freigesprochen worden. Ihm konnte angeblich nicht nachgewiesen werden, daß er fahrlässig den Tod von 20 Menschen bei der Seilbahnkatastrophe vom 3. Februar 1998 verursacht hatte. Zu diesem Urteil kam die Militärjury am Donnerstag in Camp Lejeune (North Carolina).

Während viele Zuschauer im Gerichtssaal in Beifall ausbrachen, zeigten sich Angehörige der insgesamt acht deutschen Opfer schockiert über den Spruch. Ihr USA-Anwalt kündigte an, daß sie weiterhin zumindest für eine finanzielle Entschädigung kämpfen wollten.

Die Anklage hatte dem 31-jährigen vorgeworfen, in unverantwortlicher Weise zu tief und zu schnell geflogen zu sein, als er mit seinem Kampfflugzeug das Kabel einer Seilbahn in dem italienischen Wintersportort durchtrennte. Ashby habe vermutlich zusammen mit seinem Navigator, Hauptmann Joseph Schweitzer, ein Videoband gelöscht, das normalerweise den Flug dokumentiere. Beide hätten so ihre Lügen vertuschen wollen.

Reaktionen Seite 6

## Zwangsarbeiter

# Klagen gegen Firmen und Kommunen

Erstmals gehen auch Westeuropäer vor Gericht

Seit Jahren müssen sich Nazioffer aus dem Ausland durch alle bundesdeutschen Instanzen klagen, weil eine politische Lösung ihrer Probleme fehlt. 10 weitere einstige Zwangsarbeiter haben jetzt entsprechende Schritte angekündigt.

Bonn (ND). Die zehn werden gegen bundesdeutsche Firmen oder Kommunen klagen, kündigten Prozeßvollmächtigte von Zwangsarbeitern am Donnerstag in Bonn an. Erstmals klagen auch westeuropäische Opfer der Nazis. Zwei polnische Bürger fordern von den Auto-Firmen Porsche und Daimler Entschädigungen für Zwangsarbeiten, zwei dänische von den Elektrofirmen Varta und Bosch. Zwei tschechische, zwei niederländische und zwei französische Bürger wollen ebenfalls Klagen einreichen. Die Namen der betroffenen Firmen wollen die Prozeßvollmächtigten erst dann mitteilen, wenn die Klagen von bundesdeutschen Gerichten angenommen wurden. Das Vorgehen erfolgt auch vor dem Hintergrund möglicher Verjährung. Nach der umstrittenen Interpretation von Juristen verjähren Ansprüche von Zwangsarbeitern am 13. Mai 1999.

Eine öffentliche Stiftung zur Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern halten deren bundesdeutsche Vertreter für die beste Lösung. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angeregte private Stiftung sehen sie dagegen an rechtlichen Gründen scheitern. In die Stiftung wollen auch Firmen einzahlen, denen in den USA erhebliche Schadenersatzforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter drohen. In solchem Fall blieben womöglich diejenigen Zwangsarbeiter unberücksichtigt, die beispielsweise in SS-Betrieben oder in Kommunen ausbeutet wurden. Schröder ließ den Beginn der privaten Stiftung auf den 1. September 1999 festlegen. Seiten 2 und 5

## Standpunkt

# Eine Tucholsky-Kaserne!

Von René Heilig

Wenn Scharping demnächst nach Berlin umzieht, sollte er ein neues Schild an die Ministeriumspforte hängen. Nicht mehr Verteidigungsminister Nennen wir ihn doch beim rechten Namen: Militärminister Genau das möchte der Sozialdemokrat sein. Warum sonst versucht er alles, um die deutsche Armee wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken? Sogar getrommelt und gepfiffen. Jüngster Coup – ein öffentliches Gelöbnis in Berlin. Das fordert Protest heraus, weil das Schwur-Relikt aus Preußentagen am 20. Juli vor dem Bendlerblock befohlen ist.

Dort, wo Scharpings Schreibtisch stehen wird, war 1944 für eine Nacht das Zentrum des militärischen Widerstandes. Der »sensible Ort« bereitet sogar der antimilitaristischen PDS Bauchweh: Soll sie – mit anderen – berechtigten Protest auf die Straße bringen? Warum nicht? Fünf Jahre zuvor war hier der Verbrechenkrieg geplant worden.

Die Bundeswehr steht, so betont diese nimmermüde, in der Tradition von Stauffenberg und Kameraden. So glaubt man, das demokratische Wesen der neuen deutschen Truppe ausreichend zu belegen. Doch: Ließen sich die Wehrmacht-Attentäter wirklich von friedlichen, demokratischen Zielen leiten? Ein solcher Beweis wird schwer zu führen sein.

Gestern hat unser Militärminister auch verkündet, daß er neue Namen für alte Kasernen suche. Internationalität schwebt ihm da vor. Sogar an Churchill könne er sich gewöhnen. Nun ja, da wären wohl auch noch ein paar koloniale Eroberungszüge zu erwägen ... Warum kommt Scharping nicht auf eine naheliegende Idee. Da muß es noch irgendwo Tafeln geben, die man 1990 im Osten verschwinden ließ. Die Namen der Kieler Matrosen Kobis und Reichpietsch standen darauf. Toll wäre auch eine »Tucholsky-Kaserne«. Doch dann hat Scharping wieder der Streit am Hals – über Soldaten, die zu Mörder werden können ...

## Kurz

### Entführer kommt frei

Köln. Reemtsma-Entführer Peter Richter wird voraussichtlich am 25. September vorzeitig aus der Haft entlassen. Während dem mutmaßlichen Drahtzieher des Verbrechens, Thomas Drach, in Argentinien noch die Auslieferung nach Deutschland bevorsteht, kommt Richter nach Verbüßen von zwei Dritteln seiner Strafe wieder auf freien Fuß.

### Rebellen getötet

Kampala. Nach Ermordung von acht ausländischen Touristen durch ruandische Hutu-Rebellen in Uganda haben die Streitkräfte des ostafrikanischen Landes 15 der Rebellen getötet. Hunderte Soldaten seien im Westen Ugandas zur Verfolgung der Touristenmörder im Einsatz, hieß es. Seite 7

### Bauernprotest

Bonn. Mit mehr als 300 Traktoren sind rheinische Landwirte am Donnerstag



Rückkehr der Wildgänse in Schleswig-Holstein Foto: dpa/Klimek

### Fähre schlug leck

London. Eine irische Fähre mit 322 Reisenden an Bord ist am Donnerstag beim Anlegen im Hafen von Dublin leckgeschlagen. Die Passagiere konnten das Schiff jedoch ebenso wie die Crew ohne Probleme verlassen. Auch die 70 Autos konnten von der Fähre fahren. Verletzt wurde niemand, teilte die Polizei mit. Die Fähre war beim Anlegen mit einer Boje zusammengestoßen.